

Parlamentarischer Vorstoss GGR
Eingang : 22.04.2026
Bekanntgabe im GGR : 28.04.2026



Fraktion SVP GGR
c/o Roman Küng
Fraktionspräsident
Bernoldweg 9
6300 Zug

Herr
Ivano de Gobbi
Präsident GGR Stadt Zug
Stadtkanzlei im Stadthaus
Gubelstrasse 22
6300 Zug

Zug, 22. April 2026

Interpellation - Aktion «Natur-Kur»: Kostenlose Gartenberatung – Staatliche Übergriffigkeit oder notwendige Förderung?

Sehr geehrter Herr Präsident

Die Stadt Zug informierte am 14. April 2026 sichtlich stolz über die Fortführung und den Ausbau der Aktion «Natur-Kur». Kurz gesagt: Unter dem Deckmantel der Biodiversitätsförderung bietet die Stadt kostenlose Gartenberatungen für Stadtzugerinnen und Stadtzuger an. Was auf den ersten Blick «blumig» und ökologisch wertvoll daherkommt, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als ein weiterer Schritt in Richtung einer alles vereinnahmenden, subventionierenden Stadt.

Es stellt sich die grundlegende ordnungspolitische Frage: Warum muss der Staat die Pflege und Gestaltung von Privatgärten subventionieren? In einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung ist es die Aufgabe des Eigentümers, sich bei Bedarf an einen privaten Fachmann zu wenden und dessen Expertise marktgerecht zu entlohnen. Wenn die Stadt nun diese Dienstleistung «gratis» anbietet, torpediert sie die Eigenverantwortung der Eigentümer, entzieht dem Gewerbe nicht nur potenzielle Aufträge, sondern zerstört auch das Bewusstsein für den Wert professioneller Beratung.

Mit dieser Interpellation stellen wir dem Stadtrat folgende Fragen:

1. **Zur rechtlichen Grundlage und Frage der Staatsaufgabe:** Auf welcher gesetzlichen Grundlage basiert das Angebot kostenloser Gartenberatungen für Privatpersonen durch die Stadt Zug? Erachtet der Stadtrat die Gestaltung und Beratung privater Gärten tatsächlich als eine hoheitliche Kernaufgabe der öffentlichen Hand?
2. **Zur Wettbewerbsverzerrung:** Ist sich der Stadtrat bewusst, dass er mit diesem kostenlosen Angebot in direkter Konkurrenz zu privaten Gartenbauunternehmen und selbständigen Gärtnermeistern steht, die solche Beratungen als Teil ihres Leistungsangebots anbieten? Wie rechtfertigt der Stadtrat diesen Eingriff in den freien Markt?

3. **Zu den Kosten und Ressourcen:** Wie hoch sind die Gesamtkosten der Aktion «Natur-Kur» für die Stadt Zug? (inkl. Honorare an Externe, Werbekosten, Drucksachen)?
Welcher personelle Aufwand inkl. Kosten entstehen intern (z. B. durch die Stelle «Junior Projektleiterin Natur und Lebensraum»)?
4. **Zur «Subventionsmentalität»:** Wie beurteilt der Stadtrat das Signal, dass Eigenheimbesitzer für die Gestaltung ihres Privateigentums staatliche Hilfe beanspruchen können, anstatt Eigenverantwortung zu zeigen und private Fachkräfte zu engagieren?
5. **Zu Alternativen:** Wurde geprüft, ob diese Sensibilisierung für Biodiversität nicht kostenneutral durch Vereine, private Naturschutzorganisationen oder einfache Informationsbroschüren (ohne Vor-Ort-Besuche auf Steuerzahlerkosten) hätte geleistet werden können? Ein aktuelles Beispiel dazu wäre das Projekt «Madame Frigo» oder «Stadt Zuger Honig», welche ohne Förderbeiträge auskommen.

Fazit:

Biodiversität ist auch unserer Fraktion wichtig, aber die gewählte Methode mit Gratis-Beratung zeigt, dass die Stadtregierung offenbar nicht gewillt ist, Vereine oder auch privat geführte Gartenbauunternehmen an diesem Projekt zu beteiligen. Besonders kritisch ist das unaufhörliche Wachstum des Staatsapparats zu beobachten. Die Schaffung von Stellen wie einer «Junior Projektleiterin Natur und Lebensraum» zeigt, dass Freiwilligkeit und Milizgedanke Makulatur werden. Stattdessen wuchert die Verwaltung in Bereiche hinein, die früher souverän und eigenverantwortlich vom Bürgertum und dem privaten Gewerbe abgedeckt wurden.

Wir laufen so Gefahr, dass Eigenverantwortung und Bürgersinn durch eine staatlich finanzierte Rundum-Sorglos-Mentalität ersetzt werden. Staatliche «Natur-Kuren» auf Kosten der Allgemeinheit für private Gartenbesitzer widersprechen diesem bürgerlichen Grundverständnis komplett.

Wir bedanken uns für die schriftliche Beantwortung unserer Fragen.

Für die SVP-Fraktion:

Roman Küng, Fraktionspräsident